

Entschädigung für Bundeswehr-Schließungen?

Interview Inforadio rbb mit Dr. Gerd Landsberg am 28. Oktober 2011

Inforadio

Die geplante Schließung von Dutzenden Bundeswehr-Standorten stößt auf Widerstand. Verteidigungsminister Thomas de Maizière hatte bekanntgegeben, dass bundesweit jeder fünfte Bundeswehrstandort vor dem Aus steht. 31 der insgesamt 328 Stützpunkte sollen komplett geschlossen, weitere 33 deutlich verkleinert werden. Bayern und Hessen forderten nun bei der Ministerpräsidentenkonferenz am Donnerstag in Lübeck einen deutlichen Lastenausgleich für die betroffenen Kommunen. Auch das von Schließungen besonders betroffene Schleswig-Holstein verlangt Unterstützung vom Bund.

Wie kann die aussehen? Fragen an Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Irina Grabowski

Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, hatte gestern schon gefordert, dass der Bund mit einem dreistelligen Millionenbetrag rüberriesen müsse an konkreter Entschädigungszahlung. Ist es sinnvoll, jetzt Geld vom Bund zu fordern. Man will doch sparen?

Dr. Landsberg

Das ist einerseits richtig, andererseits aber auch falsch. Es war völlig klar: Wer die Bundeswehr so drastisch verkleinert, nämlich um 90.000, wer die Wehrpflicht abschafft, der hat natürlich eine strukturpolitische Verantwortung und deswegen ist es unverzichtbar, dass der Bund Geld in die Hand nimmt, um die Konversion zu transportieren. Wir brauchen in jedem Land einen Aktionsplan Konversion von Bund, Ländern und Gemeinden und natürlich muss der Bund da mitfinanzieren. Hier einmal eine Vergleichszahl: Der Bund ist bereit, 1 Milliarde bereitzustellen für Soldaten, die ja vorzeitig ausscheiden sollen und sich eine neue Existenz aufbauen. Da hat man schon einmal eine Größenordnung. Es war von vorneherein klar: Solche Schritte in eine neue, ganz andere Armee, die sparen nicht, die kosten erst einmal Geld.

Irina Grabowski

Heißt das, es ist also schon einiges in Vorbereitung und das Konzept des Verteidigungsministers, das er am Mittwoch vorgestellt hat, das erwischt jetzt die Länder und Kommunen gar nicht so kalt?

Dr. Landsberg

Das weiß ich nicht. Ich bin sicher, dass Herr de Maizière auf die gleiche Frage sagen würde „natürlich, bedarf es Hilfen, aber das ist nicht eine Aufgabe des Etats des Verteidigungsministers“, das ist richtig. Das ist eine Aufgabe der Bundesregierung.

Wir leben ja im Zeitalter der Rettungsschirme. Ich glaube, wir brauchen einen Rettungsschirm für Städte und Gemeinden, die von diesen Standortschließungen betroffen sind und was vielleicht noch wichtiger ist, wir brauchen einen exakten Zeitplan. Und da wird man differenzieren müssen. Wenn Sie heute entscheiden, Sie schließen eine Kaserne in München, dann werden sie sehr schnell jemanden finden, der bereit ist, dort Gewerbe anzusiedeln. Das sieht im ländlichen Raum ganz anders aus. Und da das ja alles nicht von heute auf morgen nach dem „Big-Bang-Prinzip“ geht, sondern bis 2017 – wahrscheinlich erfahrungsgemäß eher bis 2020 - laufen wird, muss sich der Zeitplan an den Möglichkeiten der Konversion orientieren. Das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt und das wird sicherlich auch ein Thema zwischen uns und zwischen Bund und Ländern sein.

Irina Grabowski

Also Konversion, wie schnell kann man von Militär auf Zivil umsteigen. Wie schnell können dann die Kommunen auch ein anderes Geschäftsmodell finden, um zu überleben. Es geht da vor allen Dingen um die Liegenschaften der Bundeswehr. Da heißt es, die sollten doch günstig vom Bund verkauft werden an die Kommunen. Sie haben das schon angedeutet mit München. Aber welche Kommunen im ländlichen Raum sind denn scharf darauf, Kasernengelände zu kaufen. Was sollen die denn dann machen?

Dr. Landsberg

Das ist genau das Problem. In vielen Speckgürteln oder Großstadtbereichen wird das überhaupt kein Problem sein. Da würde ich auch sagen, da muss der Bund nicht zusätzlich unterstützen. Aber grade in den strukturschwachen Gebieten, es gibt zwei ganz einfache Indikatoren, wie man Strukturschwäche feststellen kann: Nämlich einmal Arbeitslosenquote und Steuerkraft, dort wird es sehr schwierig sein, neue Konzepte zu entwickeln, andererseits muss man sagen, es ist ja nicht die erste Bundeswehrreform. Wir haben schon einmal 400.000 - 500.000 Soldaten gehabt. Also, wir haben schon eine gewisse Erfahrung in Konversion. Aber wir haben dann eben auch die Erfahrung, das geht nicht ohne Zeit und es geht nicht ohne Geld. Und die Situation der Kommunen ist wahrlich nicht besser als vor 10 Jahren. Und deswegen muss der Bund sich hier bewegen.

Irina Grabowski

Sie haben, als klar war, dass die Bundeswehrreform viele Standorte betreffen wird, im Sommer war das schon, da haben Sie Transparenz gefordert. Gab es denn die in diesem Prozess, jetzt, wo das Konzept vorliegt?

Dr. Landsberg

Die gab es bisher nicht, weil das ein Closed-Shop war, das kann ich auch nachvollziehen. Sie können das nicht in der Öffentlichkeit zerreden. Das sind ja häufig auch militärische Aspekte, warum schließe ich den Standort in A und nicht den in B. Aber jetzt erwarte ich in der Tat klare Transparenz und Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden und Antworten auf die Fragen, wann wird die Kaserne

geschlossen? Welche Möglichkeit der Hilfe gibt es, wie sieht der Zeitplan aus. Die Bundeswehr muss jetzt sehr schnell auf die betroffenen Bürgermeister zugehen. Deswegen sage ich: Aktionsplan Land, Bund, betroffene Kommune; Ausreichende Mittel, damit dort in diesen Städten und Gemeinden nicht die Lichter ausgehen.

Irina Grabowski

Und sehen Sie, dass der Verteidigungsminister seine Leute da auch in Position bringt, also losschickt, um praktisch diese Kooperation mit den Kommunen hinzukriegen?

Dr. Landsberg

Ich bin sicher, dass der Verteidigungsminister das Problem erkannt hat. Er hat sich ja auch öffentlich schon geäußert und gesagt, er kann sich Hilfen vorstellen. Das aber sei Aufgabe der Bundesregierung. Und ich glaube auch, die Bundesregierung kennt ihre strukturpolitische Verantwortung. Es nützt doch nichts, wenn der Bund bei der Bundeswehr spart und dann bei der Arbeitslosenquote Geld wieder reinschießt. Es ist letztlich ja immer die gleiche Staatskasse, auch wenn sie anders verteilt ist und das weiß man natürlich auch auf der Bundesebene. Ich bin ganz zuversichtlich, dass die Länder, die ja da auch eine starke Stimme haben, heute in der Ministerpräsidentenkonferenz in diesem Sinne mit entsprechenden Ergebnissen verhandeln werden.

Irina Grabowski

Vielen Dank, Herr Dr. Landsberg für das Gespräch.

(Quelle: <http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201110/28/165752.html>)